

# Auer Tageblatt

## und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur:  
**Frits Arnsfeld**  
für die Inserate verantwortlich:  
**Walter Kraus**  
beide in Aue i. Erzgeb.

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: **Illustriertes Sonntagsblatt.**

Druck und Verlag:  
**Auer Druck- und Verlags-Gesellschaft**  
m. b. H.  
in Aue i. Erzgeb.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 30 Pf. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 25 Pf. und wöchentlich 10 Pf. — Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 1,25 Mk. — Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 1,92 Mk. — Einzelne Nummer 10 Pf. — Deutscher Postzeitungskatalog. — Erscheint täglich in den Mittagsstunden, mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen.

Annahme von Anzeigen bis spätestens 9<sup>1/2</sup> Uhr vormittags. für Aufnahme von größeren Anzeigen an bestimmten Stellen kann nur dann gebürgt werden, wenn sie am Tage vorher bei uns eingehen. **Inserationspreis:** Die Rechengespaltene Korpuszeile oder deren Raum 10 Pf., Reklamen 25 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Diese Nummer umfasst 10 Seiten.  
Außerdem liegt das achtsaitige illustrierte Sonntagsblatt bei.

### Das Wichtigste vom Tage.

- Die Kaisermanöver werden im nächsten Jahre, wie nunmehr feststeht, in Württemberg und nicht in Sachsen stattfinden.
- Die Gesetzgebungsdeputation der Ersten sächsischen Kammer nahm gestern ihre Beratungen wieder auf.
- Graf Zeppelin beabsichtigt, seine Luftfahrten vor Mitte Oktober wieder aufzunehmen. (S. Nr. i. Sp. 1.)
- Zwischen dem Gouvernement Klautskow und der chinesischen Bevölkerung lies zu Differenzen gekommen (S. pol. Tgsch.)
- Ein Orkan hat am 13. und 14. September eine große Zahl der westindischen Inseln verwüstet. (S. N. a. a. Welt.)
- Andrew Carnegie hat eine Stiftung von 5 Millionen schenkt, um Lebensrenten für ruhmlose Felder zu schaffen. (S. N. a. a. Welt.)

### Einjährige Etatperiode.

Bis zum Jahre 1868 gab es in Sachsen dreijährige Finanzperioden und der Landtag trat — so schreibt uns unser Dresdener Dr. P. Mitarbeiter — demgemäß — von dem im § 115, 2 der Verfassung vorgesehenen Falle eines Regierungswechsels abgesehen — auch nur alle drei Jahre zusammen. Auf Antrag der Stände wurde 1868 im Zusammenhang mit der Schaffung des neuen Wahlgesetzes die Frist von drei auf zwei Jahre verkürzt, aber schon damals tauchte der Gedanke auf, das Budget stets nur auf ein Jahr bewilligen und demgemäß den Landtag alljährlich zusammentreten zu lassen. Diese Idee ist seitdem nicht aus der politischen Erörterung verschwunden und speziell von liberaler Seite stets mit Nachdruck verfolgt worden. Die Regierung hat sich aber stets ablehnend verhalten und auch noch im letzten Winter einen dahin zielenden Antrag der Freien, der bei Gelegenheit der Verhandlung über den hohenthalischen Wahlrechtsentwurf in der Zweiten Kammer mit zur Beratung kam (1. Dezember 1907), als unannehmbar zurückgewiesen. Sie hatte dabei ziemlich leichte Arbeit, da sich außer den freisinnigen Abgeordneten nur der Sozialdemokrat Goldstein-Zwidau für die Einführung einjähriger Etatperioden erklärte. Es wäre indessen sehr verfehlt, aus der Zustimmung der überwiegenden Kammermehrheit zu den Regierungsaus-

rungen zu schließen, daß die Ausführungen des Ministers des Innern zu diesem Thema auch durchweg stichhaltig gewesen wären. Sie waren im Gegenteil weder unangreifbar noch waren sie neu. Denn Graf Hohenthal brachte kaum einen eigenen Gedanken hierzu vor, sondern zitierte einfach Worte seines Vorgängers v. Mehse, der seinerseits wieder bei den Reden des Fürsten Bismarck aus dem Jahre 1881 eine Anleihe gemacht hatte. Ebensovienig waren die Ausführungen vom Regierungstische unanfechtbar, denn sowohl Graf Hohenthal, wie Herr v. Mehse hatten übersehen, daß sie in diesem Falle an dem Altreichsanzeiler keinen besonderen Eideshelfer hatten. Auch Fürst Bismarck ging nämlich in seiner von den beiden sächsischen Ministern zitierten Rede vom 5. Mai 1881 von der Annahme aus, daß eine alljährliche Berufung des Parlaments zu einem Uebermaß von Sitzungen führe, daß sich demgemäß nur wenige im praktischen Leben stehende Männer bereitzustellen lassen würden, ein Mandat für die Volkvertretung anzunehmen und daß sich da notgedrungen ein Verusparlamentarismus entwideln müsse. Diesen Gedankengang wird man nicht ohne weiteres als nicht anerkennen können. Zunächst ist einzunehmen, daß bei einem so großen Organismus wie das Reich, das mit einem jährlichen Haushaltetat von fast drei Milliarden Mk. rechnet, eine jährliche Aufstellung des Budgets schon aus Gründen der Uebersichtlichkeit unbedingt notwendig ist, weshalb auch die Reichsverfassung in den Artikeln 13 bis 19 den jährlichen Zusammentritt des Reichstags vorsehlt. Ferner dürfte sich bei den komplizierten Verhältnissen des Reiches speziell auf dem Gebiete der auswärtigen Politik ein derartig großes Material für die Reichstagsarbeiten an, daß es bei den zweijährigen Budgetperioden gar nicht mehr zu übersehen und zu verwickeln wäre, ganz abgesehen davon, daß dadurch in manchen Angelegenheiten das Mitwirkungsrecht des Reichstags für die Praxis vor sich, ausgeschlossen wurde. Von einem Uebermaß an Sitzungen kann man dabei gewiß nicht sprechen, vielmehr hat es nicht an Gelegenheiten gefehlt, wie erinnern nur an die Chinaexpedition und den Zustand in Deutsch-Südwestafrika, wo die Einberufung des Reichstags zu einer außerordentlichen Session dringend wünschenswert gemeldet wäre und auch verlangt wurde. Ebenso wenig ist ein Ueberwuchern des Verusparlamentarismus im Reichstage zu bemerken, sondern ein Mangel an der amtlichen Bezeichnung der Reichstagsmitglieder befehlt uns ohne weiteres, daß unter den Abgeordneten Angehörige aller Verhältnisse zu finden sind. Die Befürchtungen, die Fürst Bismarck in dieser Beziehung hegte, sind also nicht eingetroffen. Der Entwurf eines Reichsgesetzes, wonach Reichstag und Bundesrat nur alle zwei Jahre zusammentreten, fiel denn auch unter den Tisch.

Keinen wir nach dieser Abweisung in das Gebiet der Reichspolitik zurück zu den sächsischen Verhältnissen, und suchen wir die Nutzenanwendung speziell auf diese zu ziehen, so ist ja ohne weiteres zugabegen, daß die auswärtige Politik und die mit ihr zusammenhängenden Fragen fast ganz aus den Debatten des Landtages ausgeschlossen sind. Nur vereinzelte Gegenstände, wie z. B. die Schiffahrtsgesetze, die sächsische Gesandtschaft in Wien, lassen auch im Landtage die auswärtige Politik

auf der Tagesordnung erscheinen. Dafür ist aber der übrige Stoff für die Landtagsverhandlungen so reichhaltig, daß er sehr wohl eine jährliche Einberufung der Stände rechtfertigen würde. Bei dem jetzigen System haben die Landtage regelmäßig eine ziemlich lange Dauer gehabt, in den Reichstagsberichten auf 1900/01 und 1902/03 ist bei Kap. 29, Landtagskosten, ausdrücklich die höhere Ausgabe für Tagegelder usw. damit motiviert. Es hat nichts genützt, daß man im Landtage 1905/06 gegen den Beschluß einer Anzahl wichtiger Gegenstände im Schweinsgalopp erledigte, das Wasserrecht mußte doch noch an eine Zwischen- deputation gehen, genau so wie man 1900/01 Zwischen- deputationen für den Ständehausneubau und das Entgeltungsgesetz einlegen mußte. In den Jahren 1903 und 1904 mußte wegen des Thronwechsels außerordentliche Landtage auf Grund des § 115, 2 der Verfassung einberufen werden, und augen- blicklich trennen uns wieder nur wenige Tage von dem Wieder- beginn der parlamentarischen Arbeiten. Dabei ist der Landtag bereits fast acht Monate zusammengewesen. Resultat: wir haben in den letzten Jahren tatsächlich viel umfangreichere Landtags- verhandlungen gehabt, als es nach der Zahl der Plenarsitzungen den Anschein hat, und des kommenden Landtages erwartet schon heute ein volles Maß an Arbeiten.

Da sollte die Regierung wirklich die Konsequenz daraus ziehen und den Landtag alljährlich einberufen. Für die Mitglieder ist es, wie seinerzeit auch vom Abg. Bär-Zwidau in der Zweiten Kammer betont wurde, viel angenehmer, alle Jahre nur drei oder vier Monate im Parliamente zu weilen, als alle zwei Jahre sieben bis acht Monate. Sollte sich insolge dessen wirklich eine kleine Gruppe von Verusparlamentariern heraus- bilden, so wäre das nicht nur kein Schade, sondern ein Vorteil. Denn diese Abgeordneten würden vor manchen anderen die größere parlamentarische Erfahrung voraus haben, und eine gründliche Kenntnis von Landtagsordnung und Geschäftsord- nung, wie sie etwa nur durch die Ausübung des Mandats selbst erworben werden kann. Es macht z. B. keinen besonderen Ein- druck, wenn ein Vizepräsident über einen Antrag abstimmen läßt, der gar nicht auf der Tagesordnung steht, so daß der Prä- sident zwei Tage oder später die ganze Abstimmung für hin- fällig erklären muß. Solche Fälle werden vermieden, wenn im Parlament Leute sitzen, die sich durch langjährige Abgeordneten- tätigkeit die nötige Vertrautheit mit den geschäftlichen Formen erworben haben. Daß aus schließlich solche Männer ge- wählt werden, wird, wie auch das Beispiel des Reichstags zeigt, nicht zu befürchten sein.

Zugegeben ist, daß eine alljährliche Aufstellung des Etats eine Mehrarbeit für die oberen Beamten, namentlich in den Ministerien, mit sich bringen würde; es ist aber nicht anzuer- kennen, daß darum auch eine erhebliche Vermehrung dieser Beamten notwendig wäre. Hier würde vielmehr ein Ausgleich zu schaffen sein durch anderweitige Einteilung und vor allen Dingen durch Vereinfachung der Arbeit. Es wäre ganz angebracht, wenn wieder, wie schon am 14. Februar 1901 geschehen, von der Zweiten Kammer eine Enquete-Kommission betr. Verminderung der Beamtenzahl eingesetzt würde. Bewies sich eine solche

### Ein übersehener Umstand.

Humoreske von Alfons Wajlamit.

Die Lage war ernst — Bestimmten hätten sie verzweifelt genannt. Gefühllos zeigte der große Abreißkaler in der Bure- au die Zahl 26, und darunter stand Freitag, zwei Angaben, die an sich nichts Besonderes bedeuteten: was die Sache komplizier- te, war der Umstand, daß zwei Tage später Sonntag war, daß an diesem Tage das große Wohlthatigenfest im Stadtport stattfand und daß Paul mit einer reizenden jungen Dame, die er erst drei Tage kannte, verabredet hatte, an dem Feste teil- zunehmen. Was aber die Sachlage zu einer überaus bedroh- lichen gestaltete, war die peinliche Feststellung Pauls, daß sein Gesamtvermögen gerade nur ausreichte, die Straßenbahnkarte zu bezahlen. Der junge Mann sah sich daher genötigt, einen finanziellen Deckungsplan für die geplante Ausgabe zu ent- werfen, und hierbei zeigten sich schier unüberwindliche Schwierig- keiten. Er hatte bereits am 10. des Monats ausgerechnet, daß er sechs Monate umsonst arbeiten müßte, wenn es seinem Chef einfiele, das Vorschußkonto Pauls regeln zu wollen; hatte auch behufs Angabe einleuchtender Gründe für die Notwendig- keit der Vorschüsse bereits so viele Verwandte erkrankten oder in Not geraten lassen, daß Bedenken über die Wahrscheinlich- keit des Vorhandenseins noch weiterer Verwandter zu befürch- ten waren. Es blieb dem armen Jungen nichts weiter übrig, als sich, wie oft in solchen Fällen, seiner Verwandten zu er- innern. Da gab es eine Tante, die ihn vor nicht allzu langer Zeit fanziert hatte, wofür er die Versicherung gab, nunmehr strenge Aufsicht über sein Geld zu üben. Da dieses Versprechen erst 28 Tage zurückdatierte, mußte diese Dame aus der in Ver- tracht kommenden Gruppe ausgeschlossen werden. Eine andere Tante war jederzeit bereit, ihn zu unterstützen, wenn es galt, Kleider, Schuhe oder einen neuen Hut zu kaufen — leider hatte sie die Gepflogenheit, ihrem Neffen zu diesem Behufe nicht Bar- geld zu geben, sondern entweder mit ihm das Kleidungsstück zu kaufen, oder sich von den Lieferanten die Rechnung senden zu lassen.

Blieb nur ein Herr, den Paul aus einer eigentlich nur mehr theoretischen Verwandtschaft her Onkel zu nennen pflegte. Dieser war Inhaber eines großen Exporthauses und verdankte sein Vermögen guten Geschäften mit Kaufleuten der Balkan- staaten, weshalb er für den näheren Orient stets warme Sym- pathien fühlte. Herr Mühlberg genoss großes Ansehen, war mit allen Kaufleuten der Stadt befreundet und daher jederzeit über die Höhe von Pauls Vorschußkonto unterrichtet. Je größer dieses wurde, desto zurückhaltender zeigte er sich, wenn Paul ihn be- suchte. Als dieser erst festgesetzt hatte, daß diesmal nur Onkel Mühlberg für ihn in Betracht kam, beschäftigte er sich nur mehr mit der Konstruktion eines einleuchtenden Grundes, den er schließlich auch gefunden zu haben glaubte. Nach Schluß des Geschäfts eilte er nach Hause und begann in seinen Erinnerungen an die Studienzeit zu framen; befrachtet zog er eine Wisiten- karte hervor, unterzog sie mittels eines Radlergummis einer gründlichen Reinigung und begab sich also ausgerüstet in das Kontor seines Onkels. Beim Eintritt des jungen Mannes warf der Exporteur rasch einen Blick auf den Kalender, griff dann unwillkürlich an die Stelle, wo er seine Brieftasche hatte, und war sehr entschlossen, sie unter keinen Umständen herauszugeben. „Was führt dich zu mir?“ fragte er dann sehr kühl und begann damit den Verteidigungskampf. „Ich habe dir etwas mitzu- teilen“, erwiderte der Neffe. „Kennst du diesen Namen?“ Er reichte ihm die Wisitenkarte.

Mühlberg warf einen Blick darauf. „Was Nitolfes ist hier?“ rief er dann, „mein Geschäftsfreund aus Belgard?“ „Er nicht, aber sein Sohn“, meinte in gleichgültigem Tone Paul. „Er war drei Semester mein Studienkollege, und hat mich auf der Durchreise nach Belgard aufgesucht. Er will nun ins Vater- haus zurück.“ „Warum hast du ihn nicht mitgebracht?“ fiel ihm Mühlberg ins Wort. „Du weißt doch, Söhne von Geschäfts- freunden sind mir immer willkommen.“ „Es war ihm heute nicht möglich, bei dir vorzusprechen. Er will vor seiner Abreise hier noch ein paar fidele Tage verleben und wird dich gewiß noch besuchen. Er läßt dich aber bitten, morgen abend mit ihm irgendwo zusammzutreffen; morgen ist er allein.“ „Schade, morgen kann ich nicht; du weißt doch, daß ich in den Gewerbe-

verein muß.“ „Ach so, daran habe ich nicht gedacht!“ gab Paul gebohrt zur Antwort; „na, er wird schon Gesellschaft finden.“ „Geht du doch mit ihm“, schlug Mühlberg vor. Der Neffe lachte. „Du willst mich wohl foppen?“ fragte er und sah ostentativ den Kalender an. „Nun müßte auch Mühlberg lächeln. „Ich zahle dir die Besche“, sagte er dann. „Auch dann würde ich nicht mit- geben.“ beharrte Paul, „das läßt aus, als ob ich zu dir gekommen wäre, dich anzupumpen.“ „Wasch!“ rief Mühlberg, „das sind Ausreden — ich kann den Sohn einer so guten Kund- schaft nicht allein herumirren lassen. Ich bitte dich, ihm Gesell- schaft zu leisten. Du erweist mir direkt einen Dienst.“ Paul ließ sich schließlich dazu herbei, seinem Onkel einen Dienst zu erweisen, und nahm eine Banknote in Empfang, die das Drei- fache des erhofften Wertes repräsentierte. „Unterhalte dich gut und vergiß nicht, ihn zu mir zu laden.“ „Gewiß nicht“, beteuerte Paul und beeilte sich, das Kontor zu verlassen.

Mit dem angenehmen Bewußtsein, gegen alle finanziellen Möglichkeiten gesichert zu sein, fand sich Paul Sonntag auf dem Schauplatz des Festes ein. Er wurde von einer jungen Dame freudig begrüßt. „Wir gehen zuerst in den Kaffee-Vaillon“, kommandierte sie, „und zwar auf meine Kosten. Das Abend- essen können Sie bezahlen.“ Paul lachte. „Sie haben wohl einen Haupttreffer in der Lotterie gemacht?“ fragte er. „O nein — ich hat, um für alle Fälle gerüstet zu sein, meinen Chef um einen Vorschuß, was ich bis jetzt nie tat, und sagte ihm auch ehrlich, wofür. Diese Aufrichtigkeit hat ihm imponiert. Er schenkte mir den Betrag und versprach obendrein, sich beim Feste mit einzufinden.“ „Fräulein“, sagte Paul, „ge- hatten Sie, daß ich Sie wegen eines so seltenen Exemplars von Chef beneide.“ Beide nahmen Platz und vergnügten sich damit, die Vorübergehenden zu betrachten. „Da ist er ja!“ rief plöz- lich die junge Dame so laut, daß ein älterer Herr, der dem Tische den Rücken gekehrt hatte, sich umwendete. „Am Gottes- willen!“ leuchtete Paul und ließ vor Schreck den Stiel in die Tasse fallen. „das ist ja der Onkel Mühlberg!“ — Warum haben Sie mir denn nicht gesagt, wer Ihr Chef ist?“ „Haben Sie mich danach gefragt?“ schmolte die Kleine. „Sie schämten sich wohl meiner Gesellschaft?“ „Was fällt Ihnen ein“, erwiderte